



Favoriten +

Zeitungsansicht

Drucken

Schliessen



Lokales

Gemeinsamer Widerstand gegen hessische Pläne

Grüne und Gewerkschaft finden Schnittstellen für eine Zusammenarbeit in der Region

Kreis Höxter (nw). Die Kreisvorstände von Bündnis90/Die Grünen und des DGB haben bei einem Treffen in Brakel zahlreiche Schnittstellen und gemeinsame Themen für eine Zusammenarbeit in der Region gefunden. Einig sind sich beide Organisationen, dass es für den Kreis Höxter für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein werde, eine Balance zwischen dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und dem Erhalt und Ausbau von Beschäftigung geschaffen werden muss. "Im dünn besiedelten Kreis Höxter mit einer negativen demografischen Entwicklung muss es darum gehen, dass die positiven Potenziale, die innovative Unternehmen, naturnaher Tourismus und eine attraktive Bildungslandschaft bieten, unterstützt werden. Umweltschutz und Erhalt von Arbeitsplätzen stehen nicht im Widerspruch - eher im Gegenteil, beides kann sich gegenseitig ergänzen", ist Uwe Rottermund, Sprecher der Grünen im Kreis Höxter, überzeugt.

Der Kreis sei weniger durch große industrielle Strukturen geprägt. Deshalb gehe es darum, dass die Bedingungen für die Klein- und Mittelbetriebe sowie die Dienstleistungsbranchen durch eine gute Infrastruktur verbessert werden sollten. "Das fängt bei einem schnellen Breitbandausbau an und sollte mit einem guten öffentlichen Nahverkehr nicht aufhören. Zugleich darf die Umwelt nicht aus dem Blick geraten. Schließlich ist eine unbelastete Natur auch eine existenzielle Voraussetzung für eine Landwirtschaft, die die sauberen Rohstoffe für unsere Lebensmittelproduzenten liefert", machte Armin Wiese, Kreisvorsitzender des DGB, klar.

Wasser sei und bleibe das wichtigste Nahrungsmittel. Deshalb müsse der Schutz des Wassers ganz oben auf der Agenda beider Organisationen stehen. Zunehmende Nitrat-Belastungen könnten auch im Kreis Höxter die Trinkwasserqualität verschlechtern. Die Gasförderung durch das Fracking-Verfahren sei eine weitere Bedrohung, weshalb dieses Verfahren vom DGB und den Grünen im Kreis ohne Ausnahme abgelehnt werde.

Die aktuellen Diskussionen um die Salzeinleitungen in die Weser machten zusätzliche Sorgen. Das Unternehmen K+S sei der Verursacher der Problematik und in der Pflicht, die Belastungen durch die Salzeinleitungen zu minimieren. K+S nehme durch die stete Verschleppung der Lösung und nicht zukunftsgerichtete Firmenstrategie seine Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern und Bürgern nicht wahr. Der vom Land Hessen vorgestellte Vier-Phasen-Plan bis zum Jahr 2075 sei keine Lösung, mit der die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie eingehalten werden kann. Das Ende des Runden Tisches sei sehr zu bedauern.

Sowohl der Runde Tisch, das Land NRW, die Naturschutzverbände in NRW und Niedersachsen und andere würden die Nordseepipeline als "die beste der schlechten Lösungen" ansehen. Denn die Ewigkeitslasten der ansonsten über eine Milliarde Tonnen eingeleiteten Salze würden das Werra-Weser-System über Jahrhunderte belasten. Technische Verfahren wie die "Abstoßfreie Produktion" könnten die Halden nicht beseitigen. Besonders die Eindampfung wäre sehr energieintensiv. Grüne und DGB fordern daher zum Widerstand gegen die hessischen Pläne auf und wollen die Fortsetzung der Diskussion um Alternativen zur weiteren Einleitung von Salz in die Weser erreichen.

© 2015 Neue Westfälische
16 - Höxter (Kreis), Freitag 06. Februar 2015